

GEWERKSCHAFT und WISSENSCHAFT

Hochschulpolitik mit der GEW

Schwarz-gelber Koalitionsvertrag:
GEW NRW bleibt auf Kurs

Stellenbedarf an Hochschulen:
Mehr Studierende – mehr Personal!

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe:
Mehr Geld für mehr Dauerstellen!

1/2017



Wissenschaft und Forschung in der Türkei

Das Ende der akademischen Freiheit?

„Eine akademische Freiheit gibt es nicht mehr“



Als Wissenschaftler*in und Forscher*in in der Türkei zu arbeiten war schon immer, je nach Fachdisziplin und politischer Einstellung, nicht ganz unproblematisch – mal mehr, mal weniger. Doch in den letzten Jahren und vor allem nach dem Putschversuch im Juli 2016 hat sich die Situation enorm zugespitzt und zwang zahlreiche Wissenschaftler*innen zur Flucht – so auch Judit. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin aus Izmir arbeitet aktuell an der Universität Bielefeld.

Es wird geschätzt, dass in der Türkei in den vergangenen Monaten mehr als 7.000 Hochschulangestellte entlassen wurden. 400 Professoren*innen verloren bereits vor dem Putschversuch ihren Job, weil sie einen Friedensappell unterzeichnet hatten. Zudem wurden 15 Hochschulen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung geschlossen.

Der Vorwurf: Propaganda für eine Terrororganisation und Hochverrat

Eine der betroffenen Universitäten ist die noch recht neu gegründete Gediz Universität in Izmir. Sieben Tage nach dem Putschver-

such verloren dort über Nacht plötzlich 7.000 Studierende und 700 Angestellte, die unter Generalverdacht standen, ihren Studien- beziehungsweise ihren Arbeitsplatz. Unter ihnen war auch die 34-jährige Judit, Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Psychologie und Unterzeichnerin des Friedensappells. Sie lebt und arbeitet mittlerweile als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bielefeld und wird vermutlich nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren.

„So einen Tag vergisst man nicht,“ erinnert sich Judit. „Die Schließung stand am

Samstag, den 23. Juli 2016 in der Zeitung – ohne vorherige Ankündigung, ohne Vorwarnung. Am gleichen Tag kam auch die Polizei in die Uni und machte alles dicht.“ Wegen der überfallartigen Schließung hatten weder Studierende noch Beschäftigte die Möglichkeit, Forschungsergebnisse, private Unterlagen oder Bücher mitzunehmen. Niemand außer den vermeintlichen Ermittler*innen durfte die Universität betreten. „Später stellte sich heraus, dass während der Schließung alle Unterlagen, Dokumente und Laptops durchsucht und teilweise konfisziert wurden“, berichtet Judit. Erst nach zwei Monaten hatten die Universitätsangehörigen die Möglichkeit, ihre noch übriggebliebenen, privaten Dinge zu holen. Da war Judit allerdings schon in Deutschland: „Mir war nämlich schnell klar, dass mein Mann und ich als praktizierende Wissenschaftler*innen in der Türkei keine Chance mehr haben werden. Als Unterzeichner*innen der Petition haben wir uns ohnehin, aus Sicht der türkischen Regierung, strafbar gemacht. Der Vorwurf lautet Propaganda für eine Terrororganisation und Hochverrat.“

In der besagten Petition, die auch Judit und ihr Mann im Januar 2016 unterzeichnet haben, kritisieren 2.212 Wissenschaftler*innen das Vorgehen der Türkei in den Kurdengebieten. Sie fordern unter anderem, den Krieg in der kurdischen Region zu beenden, die Friedensverhandlungen mit den Kurden wieder aufzunehmen und internationalen Beobachter*innen den Zugang in die Regionen zu erlauben. Es hagelte daraufhin Disziplinarverfahren. Universitätsleitungen wurden unter Druck gesetzt, den Unterzeichner*innen zu kündigen, Festnahmen, Reisepasssperrungen, Hausdurchsuchungen und Suspendierungen folgten. Die Vorwürfe gegen die „Akademiker*innen für Frieden“ reichen von Vaterlandsverrat bis hin zu Propaganda für eine Terrororganisation, womit die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK gemeint ist, gegen die die türkische Armee seit geraumer Zeit vorgeht.

Der Weg zurück in den Job und ins Studium bleibt versperrt

Die Folgewirkungen waren enorm, schildert Judit: „Alle Unterzeichner*innen hatten sich quasi schuldig gemacht. Viele wurden gekün-

dig oder mussten gekündigt werden, weil den Universitäten sonst unterstellt wurde, diese Petition zu unterstützen. Diejenigen, die gekündigt wurden, standen vor einem großen Problem.“ In der Türkei gibt es eine staatliche Stelle, die sich „Sosyal Güvenlik Kurumu“ nennt – übersetzt: „Anstalt für Soziale Sicherheit“. Dort haben alle, die einer Arbeit nachgehen, auch eine Sozialversicherungsnummer und damit verknüpft eine eigene Identitätsakte beziehungsweise Identitätsnummer. Über diese Nummer können die entsprechenden staatlichen Einrichtungen in der gesamten Türkei die digitale Personenakte einsehen.

Judits Arbeits- und Lebenssituation änderte sich nach der Unischließung drastisch: „Mir wurde die Arbeitserlaubnis entzogen. Diese und weitere Informationen – zum Beispiel, warum ich angeblich gekündigt wurde – stehen ebenfalls in dieser digitalen Personenakte. Für mich und für tausende andere Kollegen*innen bedeutet dies, dass die Arbeitsaufnahme als Wissenschaftler*innen in der Türkei aktuell so gut wie unmöglich ist. Keine Hochschulleitung geht das Risiko ein, eine Person wie mich einzustellen.“

Eine der wichtigsten Stellen, über die Wissenschaftler*innen Förderungen, Stipendien oder ähnliches erhalten, ist die Türkische Anstalt für Wissenschaftliche und Technologische Forschung (Türkiye Bilimsel ve Teknolojik Araştırma Kurumu, kurz: TÜBİTAK). Sie ist vergleichbar mit der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG), steht jedoch unter staatlichem Einfluss. Nach dem Putschversuch wurden auch TÜBİTAK-Büros von der Polizei durchsucht und viele Angestellte entlassen. „Eigentlich nur aus einem Grund“, erzählt Judit, „nämlich um staatstreues Personal einzusetzen und so die Förderung und die Stipendien zu kontrollieren.“ Entlassene oder angezeigte Wissenschaftler*innen und Unterzeichner*innen der Petition erhalten aktuell von TÜBİTAK keine Förderung mehr. Bestehende Förderungen von Promovierenden oder Stipendiat*innen wurden ad hoc beendet. Judits Urteil fällt ermühternd aus: „Im Großen und Ganzen gibt es in der Türkei keine akademische Freiheit mehr.“

Erschwerend für die türkische Hochschul-landschaft kommt hinzu, dass durch einen Erlass seit Oktober 2016 die Rektor*innenwahlen an den Universitäten faktisch abgeschafft wurden. Die Rektor*innen dürfen seitdem ohne universitäres Mitspracherecht vom Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan direkt ernannt werden. Ein von der jeweiligen Hochschule gestellter Rat

March for Science

Für akademische Freiheit weltweit

Auf der ganzen Welt nahmen am 22. April 2017 in mehr als 600 Städten Menschen am „March for Science“ teil, allein in Deutschland gingen Zehntausende für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung auf die Straße.

Insgesamt demonstrierten in Deutschland etwa 37.000 Menschen in 22 Städten – rund 11.000 Teilnehmer*innen kamen zur größten Kundgebung in Berlin, genau 67 zur kleinsten auf der Nordseeinsel Helgoland. Der March for Science ist eine unabhängige Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, auf die Gefahren durch populistische Tendenzen hinzuweisen und für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung auf der ganzen Welt zu demonstrieren. Zu den Unterstützer*innen gehören viele wichtige Wissenschaftsinstitutionen wie die Max-Planck-Gesellschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst oder die Helmholtz-Gemeinschaft.

„Die GEW unterstützt das Kernanliegen des weltweiten Marsches: Freiheit von Forschung und Lehre“, erklärte Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Hochschulexperte. Akademische Freiheit setze aber auch angemessene Rahmenbedingungen für freie Forschung und Lehre voraus. „Dazu gehören auskömmliche Finanzierung und faire Beschäftigungsbedingungen. Es gibt keine

freie Wissenschaft ohne freie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.“ Insofern gebe es auch in Deutschland Grund zu Sorge, mahnte Andreas Keller. „Wenn neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einem Zeitvertrag abgespeist werden, bleibt das nicht ohne Folgen für die Kontinuität und Qualität sowie Kritik- und Innovationsfähigkeit wissenschaftlicher Arbeit. Wenn Hochschulen ihre Aufgaben in Forschung und Lehre nur noch erledigen können, solange sie erfolgreich Drittmittel einwerben, erzeugt dies einen Druck, sich an die Interessen externer Geldgeber anzupassen.“ Der stellvertretende GEW-Vorsitzende fordert daher einen Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen und mehr Dauerstellen für Daueraufgaben.

Andreas Keller forderte die Bundesregierung auf, den Druck auf Staaten zu erhöhen, die die akademische Freiheit massiv unterdrückten. „Sei es die willkürliche Entlassung hunderter Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in der Türkei oder die Schließung der Europa-Universität in Budapest: Dagegen muss die deutsche Außenpolitik ihre Stimme vernehmbar erheben – sowohl in bilateralen Beziehungen als auch in internationalen Organisationen.“

March for Science Germany / GEW

kann zwar eine Liste mit Vorschlägen vorlegen, die jedoch ohne Begründung vom Präsidenten abgelehnt werden kann.

Einige Freund*innen von Judit sind immer noch im Gefängnis oder in Untersuchungshaft, viele arbeitslos. Da es für die meisten keine Aussicht gibt, wieder als Wissenschaftler*innen oder Dozent*innen eingestellt zu werden, gehen viele mittlerweile Aushilfsjobs nach – zum Beispiel in der Gastronomie, in Gärtnereien oder mit privatem Nachhilfeunterricht. Ausländische Wissenschaftler*innen wurden des Landes verwiesen.

Letzter Ausweg für die Wissenschaft: Studieren unter freiem Himmel

Die Studierenden, die von den Universitätsschließungen betroffen waren, wurden dazu aufgefordert, ihr staatliche Ausbildungsförderung zurückzahlen, da sie mit der Schließung gleichzeitig auch ihren Studierendenstatus verloren hatten. Studenten sollen ihren Wehrdienst antreten, weil sie ohne ihren Studierendenstatus wehrdienstpflichtig sind. Neben den Universitäten wurden auch einige Studierendenwohnheime über Nacht geschlossen, womit ihre Bewohner*innen mehr



oder weniger obdachlos wurden. Viele von ihnen sind übergangsweise bei Freund*innen untergekommen oder mussten zu ihren Familien zurückkehren.

„Das kann man sich in einem europäischen Land wie Deutschland vermutlich sehr schwer vorstellen,“ versucht Judit die dramatische Situation darzustellen und erzählt von den sogenannten Straßen- oder Solidaritätsakademien: „Einige der suspendierten Wissenschaftler*innen und Professoren*innen wollten sich mit der Situation nicht abgeben und weiter lehren, vor allem aus einem Pflichtbewusstsein gegenüber ihren Studierenden. Da der Zugang zu den Hochschuleinrichtungen nicht mehr möglich ist, unterrichten sie einfach unter freiem Himmel in öffentlichen Parks.“ Judit kann die Sicht dieser Dozenten*innen sehr gut nachvollziehen: „Ich vermisse auch die Studierenden und das Lehren. Ich hoffe, dass meine 300 Studierenden meine Entscheidung verstehen und sich nicht im Stich gelassen fühlen. Ich hätte sie gerne kontaktiert, aber unsere gesamten E-Mails und Kontakte wurden bei den Ermittlungen bewusst gelöscht.“

Universität Bielefeld unterstützt geflüchtete Wissenschaftler*innen

Aktuell arbeitet Judit als Gastwissenschaftlerin an der Universität Bielefeld. Den Weg bis dorthin verdankt sie vor allem der Leiterin des Welcome Centers an der Universität Bielefeld, Eleni Andrianopulu. Deutschland ist seit 2016 ein Hauptzielland für gefährdete Wissenschaftler*innen. Die Universität Bielefeld gehört derzeit zu den deutschen

Hochschulen die die meisten geflüchteten Wissenschaftler*innen aufgenommen oder weitervermittelt haben. Das Welcome Center unterstützt international mobile Wissenschaftler*innen, die einen Aufenthalt an der Universität Bielefeld planen, und übernimmt die zentrale Organistaion.

„Wir betreuen momentan 24 Wissenschaftler*innen aus der Türkei, dem Iran, Syrien und Irak“, berichtet Eleni Andrianopulu. Auffällig sei, dass insbesondere nach dem Putschversuch in der Türkei die Anfragen aus dem Land zugenommen haben: „Kurz danach meldeten sich sechs Post-Docs bei uns, die sich während des Putschversuchs außerhalb der Türkei aufhielten. Sie waren teils auf Konferenzen, auf Tagungen oder schlichtweg im Urlaub. Einige von ihnen gehören zu den Unterzeichnern*innen des Friedensappells, andere lehrten aus staatlicher Sicht unbeliebte Fächer wie Evolutionsbiologie. Sie alle gehören zu den gefährdeten Personen und haben deshalb beschlossen, vorerst nicht in die Türkei zurückzukehren.“ Als sich die Situation in ihrem Heimatland zuspitzte, nahmen sie mit Bekannten und Wissenschaftskolleg*innen aus Deutschland Kontakt auf und gelangten über Umwege an die Universität Bielefeld. „Ihre Lage war nicht ganz einfach“, erinnert sich Eleni Andrianopulu. „Sie hielten sich im Ausland auf und waren auf die Situation völlig unvorbereitet. Unter anderem liefen ihre Visa ab. Entsprechend groß war der Handlungsdruck. Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde konnte der Prozess zum Glück beschleunigt werden.“

Forschende schützen – akademische Freiheit stärken

Judits Stelle als Gastwissenschaftlerin ist über ein Stipendium finanziert – über die Philipp-Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung. Hochschulen und Forschungseinrichtungen können dort Anträge für gefährdete Forschende aus aller Welt stellen. Eine zusätzliche Finanzierung wird in Bielefeld durch eigene Mittel der Universität und sonstige Stipendien ermöglicht, zum Beispiel über die DFG oder die VW-Stiftung. Im Vergleich zu anderen Hochschulen bekommt die Bielefelder Universität viele Anfragen von Betroffenen. Nicht alle von ihnen können in Bielefeld untergebracht werden, aber das Welcome Center vermittelt sie an andere Hochschulen. „Die Wissenschaftler*innen sind untereinander gut vernetzt und unser Welcome Center hat sich herumgesprachen“, erzählt Eleni Andrianopulu. „Sehr erfreulich ist, dass sich einige der geflüchteten Wissenschaftler*innen selbst für gefährdete Kolleg*innen einsetzen und uns bei der Arbeit unterstützen.“ Warum all dieser Aufwand und Einsatz on top zur alltäglichen Arbeit? „Aus unserer Sicht ist es eine Pflicht, gefährdete Forschende zu schützen und vor allem die akademische Freiheit zu stärken“, betont die Leiterin des Welcome Centers.

Judits Förderung geht noch bis nächstes Jahr. Doch für sie steht fest, dass sie wegen der undurchsichtigen Situation in der Türkei erst mal in Deutschland bleiben wird. Wie genau es nach 2018 weitergeht, weiß sie noch nicht, doch eins liegt ihr besonders am Herzen: „Ich hatte Glück und konnte noch rechtzeitig ausreisen. Viele Wissenschaftler*innen sitzen quasi in der Türkei fest und haben ein Ausreiseverbot. Diese Kollegen*innen dürfen nicht vergessen werden – sie brauchen unsere Unterstützung.“ //

Şenol Keser, freier Journalist



Foto: pradikhorn somboonsa / shutterstock.com



GEW: Schlechte Zeiten für Gewerkschaften in der Türkei

www.tinyurl.com/gewerkschaften-tuerkei



GEW NRW: Kämpferin für Bildung mit Haltung und Hoffnung. Türkische Gewerkschafterin flieht nach Deutschland

www.tinyurl.com/gewerkschafterin-flucht



March for Science: Hintergrundinfos zur Initiative und zum Aktionstag in Deutschland

www.marchforscience.de



Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung

Die GEW NRW bleibt auf Kurs

Nach dem überraschenden Ausgang der Landtagswahl in NRW haben sich CDU und FDP zügig auf einen Koalitionsvertrag verständigt. Für den Hochschulteil war die politische Schnittmenge der beiden Wahlprogramme groß, in den Koalitionsverhandlungen gab es kaum Dissens. Nun sind die hochschulpolitischen Ambitionen der schwarz-gelben Koalitionäre auf rund sechs Seiten beschrieben. Anders als beim Regierungsantritt 2005 wird diesmal die CDU die Leitung des Wissenschaftsministeriums übernehmen.

Ein Blick zurück: Mit dem Hochschulzukunftsgesetz der rot-grünen Landesregierung ist die GEW NRW ihren gewerkschaftlichen Zielen ein gutes Stück nähergekommen. Zwar konnte sie Rot-Grün für eine zentrale beschäftigungspolitische Forderung nicht gewinnen: die Rückkehr der akademischen Mitarbeiter*innen und die Beschäftigten aus Technik und Verwaltung in den Landesdienst.

Von der Hochschulzukunft...

Gleichwohl hat die Bildungsgewerkschaft in der vergangenen Legislaturperiode in stetem Dialog und engem Kontakt mit Wissenschaftsministerin Svenja Schulze, dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung und den Mehrheitsfraktionen des Landtags viele Verbesserungen für Studierende und für das Hochschulpersonal erreicht: Die Studiengebühren wurden abgeschafft, das Teilzeitstudium gestärkt, der Zugang für Studierende ohne Abitur erleichtert. Gleichstellung und Gute Arbeit wurden wichtige Themen, der „Rahmenkodex für gute

Beschäftigung“ im Hochschulzukunftsgesetz verankert und die demokratische Steuerung der öffentlichen Bildungseinrichtung Hochschule wurde gestärkt. Stehen all diese Reformen, für deren Ausbau die GEW NRW sich eingesetzt hat, jetzt wieder zur Disposition?

... zurück zur Hochschulfreiheit?

Wie zu erwarten setzt die neue Koalition auf die Reanimierung des Hochschulfreiheitsgesetzes. Befreit von zentraler Steuerung und unnötigem bürokratischem Aufwand – so zu lesen im Koalitionsvertrag – entfalten die Hochschulen ihre Potenziale. Rahmenvorgaben, Durchgriffsrechte des Ministeriums auf das Hochschulmanagement, Zivilklauseln in den Grundordnungen der Hochschulen sowie Vorgaben des Landeshochschulentwicklungsplans sind für die künftige Landesregierung verzichtbar und sollen umgehend wieder abgeschafft werden. Mit der „wieder entfesselten“ Kraft der Hochschulen soll die Erneuerung des Landes NRW auf den Weg gebracht werden.

In der Frage der Hochschulfinanzierung durch allgemeine Studiengebühren konnte sich die FDP nicht durchsetzen – nicht zuletzt weil sich hier im außerparlamentarischen Raum sehr schnell politischer Widerstand formiert hat. Stattdessen werden wie in Baden-Württemberg Studierende aus sogenannten Drittstaaten zur Kasse gebeten. Dies ist nicht nur diskriminierend, sondern auch ein fatales Signal für den auf Internationalität setzenden Wissenschaftsstandort NRW.

Keine neue Idee ist die geplante Verstetigung der Hochschulpaktmittel im Umfang von 250 Millionen Euro. Schwarz-Gelb hegt die Erwartung, dass dadurch zusätzliche und verlässliche Beschäftigungsverhältnisse

geschaffen werden, ohne dabei die „Notwendigkeit flexibler Beschäftigungsmöglichkeiten im Wissenschaftssystem vernachlässigen zu müssen“. Man darf gespannt sein, wie künftig attraktive Arbeitsbedingungen und eine neue Vergütungsstruktur an den Hochschulen des Landes aussehen werden, damit dort „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Weltrang lehren und forschen“.

Ambitioniert, aber vage

Insgesamt lässt sich auf den ersten Blick feststellen: Hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen für das Hochschulpersonal klingt der Koalitionsvertrag häufig ambitioniert, bleibt aber sehr vage. Ebenso verhält es sich mit den geplanten Verbesserungen der Studienbedingungen und Studienqualität. CDU und FDP wissen: Für die Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen sind zusätzliche finanzielle Ressourcen unerlässlich. Jedoch stehen alle geplanten Maßnahmen noch unter Finanzierungsvorbehalt. Es wird sich zeigen, was Anspruch und Wirklichkeit schwarz-gelber Hochschulpolitik ist – auch in finanzieller Hinsicht.

Die Bedingungen für die gewerkschaftlichen Aktivitäten mögen sich unter der neuen Landesregierung verändern. Die Ziele sind die gleichen geblieben: gute Beschäftigungsbedingungen mit Dauerstellen für Daueraufgaben und planbare Karrierewege, Stärkung von Partizipation und Mitbestimmung, gebührenfreies Studium mit besseren Betreuungsrelationen und mehr Studienqualität, Ausbau der Grundfinanzierung und Verstetigung von befristeten Paktmitteln. Die GEW NRW bleibt auf Kurs! //

Berthold Paschert, Referent für Hochschule und Forschung der GEW NRW

Stellenbedarf an Hochschulen

Mehr Studierende in NRW – mehr Personal für die Hochschulen!

Immer mehr junge Menschen in NRW beginnen ein Hochschulstudium – ein positiver Trend, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. In der Personalplanung der Hochschulen ist diese Entwicklung jedoch noch nicht angekommen. Wie viele Stellen müssten in NRW geschaffen werden, um den steigenden Studierendenzahlen gerecht zu werden?

„2014 waren 2,7 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 82.000 Studierende beziehungsweise 3,1 Prozent mehr. Allein in Nordrhein-Westfalen waren 726.000 immatrikuliert, gefolgt von Bayern mit 368.000 und Baden-Württemberg mit 357.000 Immatrikulationen. Damit entfielen 27 Prozent aller Studierenden auf Nordrhein-Westfalen“, so resümiert das Statistische Bundesamt in seiner aktuellen Ausgabe von „Hochschulen auf einen Blick“.

Ein Trend, der Konsequenzen fordert

Dies ist eine erfreuliche Entwicklung: Damit beginnen fast sechs von zehn Personen einer Alterskohorte im Laufe ihres Lebens ein Hochschulstudium. Dies ist eine Chance, die die Gewerkschaftsbewegung stets gefordert hat: für mehr Persönlichkeitsentwicklung und eine bessere Orientierung in einem sich rasch

verändernden Arbeitsmarkt, für eine Stärkung unserer Demokratie und für Aufklärung gegen den sich ausbreitenden Rechtspopulismus. Und diese Entwicklung ist nicht nur temporär. Sicherlich wurde sie bundesweit auch durch die doppelten Abiturjahrgänge so rasant, aber in allen Ländern blieben die Übergänge zu den Hochschulen auch nach dieser Zeit auf einem sehr hohen Niveau, was mittlerweile auch von den Statistiken der Kultusministerkonferenz (KMK) abgebildet wird. Sie prognostizieren eine weiter wachsende Nachfrage bis weit in die 2020er Jahre hinein.

Nun müssen auch der Ausbau der Hochschulen und die Bereitstellung der erforderlichen Grundausstattung folgen, damit ein erfolgreiches Studium ermöglicht wird. Und hier hapert es noch gewaltig. In der Tat wurden bundesweit erhebliche Sondermittel im Rahmen der Hochschulpakete in den Bun-

deshaushalt und die Haushalte der Länder eingestellt. Hohe Summen, die aber immer wieder nur befristet zugesagt wurden, sodass der stabile Ausbau der Hochschulen derzeit noch nicht in Sicht ist. Dazu müssen langfristige Investitionsmittel bereitgestellt werden – zum Beispiel für die erforderlichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen – und vor allem muss der Personalbestand in den Universitäten sowohl beim wissenschaftlichen Personal wie bei den Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung mit dem Zuwachs an Studierenden Schritt halten. Dies betrifft Fachhochschulen und Universitäten gleichermaßen.

GEW-Expertise ermittelt Personalbedarf an Hochschulen

Eine von der GEW mit Unterstützung der Max-Träger-Stiftung in Auftrag gegebene Studie untersucht die Frage, wie sich die Personalsituation an den Universitäten bis 2026 darstellen sollte. Die Expertise „Professorinnen, Professoren, Promovierte und Promovierende an Universitäten: leistungsbezogene Vorausberechnung des Personalbedarfs und Abschätzung der Kosten für Tenure-Track-Professuren“ wurde im Sommer 2016 von Dr. Anke Burkhardt vom Institut für Hochschulforschung Wittenberg vorgelegt. Darin wird einerseits der im kommenden Jahrzehnt erforderliche Lehr- und Betreuungsbedarf bei gleichzeitiger Verbesserung der Betreuungsrelation abgeschätzt. Andererseits rückt die Expertise aber auch das gestiegene „Interesse an einer wissenschaftlichen Qualifizierung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ in den Fokus sowie „die weitere dynamische Entwicklung der Forschungsleistungen der Wissenschaftsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“. Es wird erwartet, dass der überfällige Ausbau der Hochschulen auch mit einer strukturellen Veränderung der Karrierewege verbunden wird.

Tabelle 1: Entwicklung der Betreuungsrelation Studierende je Professor*in* an Universitäten in Deutschland 2000 bis 2014

Jahr	Studierende (in Personen)	Professor*innen (in Personen)	Betreuungsrelation
2000	1.154.054	19.649	59
2005	1.362.370	20.929	65
2010	1.446.131	21.874	66
2011	1.546.136	22.563	69
2012	1.611.664	22.829	71
2013	1.674.345	23.339	72
2014	1.705.732	23.606	72

*hauptberufliche Professor*innen, ab 2005 einschließlich Juniorprofessor*innen, ohne PH/TH
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.1 und Reihe 4.4; Berechnungen: Anke Burkhardt

Modellrechnungen für die benötigte Zahl der Professor*innen orientieren sich an den Betreuungsrelationen, die in unserem Nachbarland Schweiz schon seit vielen Jahren Realität sind. So lag dort die Betreuungsrelation im landesweiten Durchschnitt bei 35 Studierenden pro Professur (Vollzeitäquivalente), in einigen Fächern wie in der Medizin kommen gar 20 Studierende auf eine Professur. Demgegenüber haben sich mit dem Anwachsen der Studierendenzahlen die Betreuungsrelationen in Deutschland ausgehend von einem ohnehin bereits deutlich schlechteren Niveau weiter negativ entwickelt (siehe Tabelle 1).

Bleibe die Zahl der Professor*innen auf dem Niveau von 2014, würde sich die Betreuungsrelation in den kommenden zehn Jahren weiter verschlechtern – und zwar dauerhaft. Es wäre mit durchschnittlichen Spitzenwerten von 90 Studierenden pro Professur zu rechnen. Setzt man die Schweizer Relationen als guten Standard, den es zu erreichen gilt, so müsste sich die Zahl der Professor*innen in Deutschland bis 2026 im Vergleich zum Iststand um 84 Prozent auf 43.300 Professor*innen erhöhen.

Auch für die zunächst befristeten Tenure-Track-Professuren, die einen Weg zur unbefristeten Professur darstellen, sieht die Studie der GEW einen Mehrbedarf von rund 5.700 Stellen.

Angesichts der meist kurzfristig beschäftigten Nachwuchswissenschaftler*innen fordert die Studie eine klare Perspektive für die Betroffenen. Sie errechnet den Bedarf für Promotionsstellen angesichts der vorliegenden Promotionszahlen und vor allem für Postdocs, die heute oft lange Jahre hochqualifiziert in

Projekten an den Hochschulen tätig sind, ohne dass sie mit einer dauerhaften Beschäftigung rechnen können. Geht man von einer mindestens sechsjährigen Beschäftigungsdauer aus, müssten für die Postdocs bis zu 43.000 Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung stehen und für Promovierende ergibt sich ein Bedarf von circa 98.000 Stellen.

NRW hat großen Nachholbedarf in der Studierendenbetreuung

Blickt man nun nach NRW, muss man feststellen, dass in der Lehre sehr großer Handlungsbedarf besteht. Offensichtlich konnte trotz beachtenswerter Anstrengungen der Landesregierung der Personalausbau mit dem Anwachsen der Studierendenzahlen nicht Schritt halten. Im Vergleich der Bundesländer steht NRW bei den Betreuungsrelationen nur auf dem letzten Platz. Hamburg und Schleswig-Holstein liegen im Mittelfeld mit der Relation 60 Studierende je Professur. In Thüringen beträgt die Relation 50:1, in NRW 99:1, wie einer Antwort der Landesregierung vom 21. November 2016 auf eine parlamentarische Anfrage zu entnehmen ist. Neben der Betreuungsrelation Studierende pro Professur kann ebenfalls die Relation Studierende zur Zahl des gesamten wissenschaftlichen Personals betrachtet werden. Aber auch hier landet NRW auf dem letzten Platz (siehe Tabelle 2).

NRW geht in die richtige Richtung, indem es in den nächsten Jahren jährlich 50 Millionen Euro der Hochschulpaktmittel verstetigt und damit als Grundfinanzierung zusätzlich zur Verfügung stellt. Aber das reicht noch bei Weitem nicht aus.

Würde man die Studie der GEW als Grundlage nehmen und eine leistungsbezogene Vorausberechnung des Personals für NRW analog vornehmen – also eine 84-prozentige Steigerung der Professuren bis 2026 –, käme man in einer ersten Abschätzung allein für die Universitäten in NRW auf einen Mehrbedarf von circa 4.000 Professuren und 20.000 Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Ein immenses Programm. Eine Verbesserung des Betreuungsverhältnisses allein ist natürlich noch kein Garant für gute Lehre, aber eine wichtige Voraussetzung. Die Politik müsste einen Stufenplan entwickeln, mit dem in realisierbaren Schritten der Personalbestand den gestiegenen Studierendenzahlen angepasst würde. Eine Mammutaufgabe, die der neuen Landesregierung ins Stammbuch zu schreiben ist. //

*Dr. Ingrid Lotz Ahrens,
Mitglied der Fachgruppe Hochschule
und Forschung der GEW NRW*



Statistisches Bundesamt: Hochschulen auf einen Blick

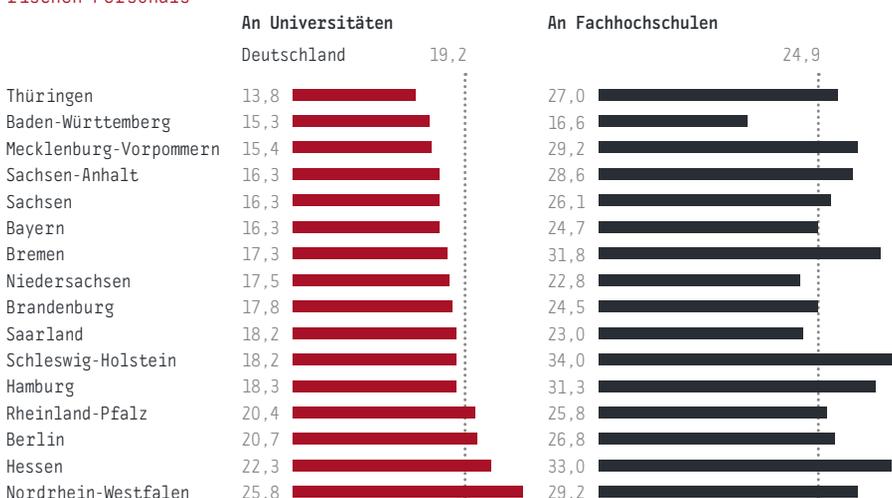
www.tinyurl.com/destatis-hochschulen-2016



Anke Burkhardt: Professorinnen, Professoren, Promovierte und Promovierende an Universitäten: leistungsbezogene Vorausberechnung des Personalbedarfs und Abschätzung der Kosten für Tenure-Track-Professuren (Expertise im Auftrag der GEW)

www.tinyurl.com/gew-burkhardt

Tabelle 2: Betreuungsrelation (ohne Humanmedizin) nach Hochschularten und Bundesländern 2014 – Studierende je Vollzeitäquivalent wissenschaftlichen und künstlerischen Personals



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulen 2016



Mehr Geld für mehr Dauerstellen



Foto: Crit / photocase.de

Münster war die zweite Etappe der Tour, die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe im Rahmen der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ durch die Landesverbände führte. Begleitet von der Landesvorsitzenden Dorothea Schäfer gab es ein Gespräch mit dem Personalrat der wissenschaftlich Beschäftigten an der Westfälischen-Wilhelms-Universität in der Westfalenmetropole.

„Die Hochschulen verweigern sich immer noch besseren Arbeitsbedingungen für das wissenschaftliche Personal“, berichtete der Personalratsvorsitzende, GEW-Kollege Detlef Berntzen. Das Privileg der Sonderbefristung von Beschäftigung an Hochschulen – das modifizierte Wissenschaftszeitvertragsgesetz von 2016 – werde nach wie vor zulasten der Beschäftigten ausgelegt.

Hochschulbeschäftigte brauchen starke Personalräte

Promovierende, so die Klage, erhielten immer wieder nur Jahresverträge beim Einstieg in die Promotion, obwohl das Gesetz einen angemessenen Befristungszeitraum vorsieht. GEW und Personalrat waren sich einig: So werde das Gesetz unterlaufen. Der Personalratsvorsitzende monierte auch die Praxis der Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfskräfte, denen gemäß Landeshochschulgesetz nur einfache Dienstleistungen übertragen werden dürfen und die nach einschlägiger Rechtsauffassung nach

abgeschlossenem Studium nicht nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) befristet beschäftigt werden dürfen. „Wenn wir dies vortragen, werden wir sofort diffamiert, die Wissenschaftsfreiheit anzutasten“, berichtete Detlef Berntzen im Gespräch mit der GEW-Vorsitzenden.

Dass Personalvertretungen mit ihrem Koordinierungsgremium, der Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten, durchaus auch erfolgreich agieren, erläuterte Detlef Berntzen anhand einer neuen Regelung für Abgeordnete Lehrer*innen, die sich an den Universitäten wissenschaftlich qualifizieren sollen. Statt wie bisher mit einer Wochenstundenzahl von zehn Semesterwochenstunden ist ihnen nur noch eine vierstündige Lehrverpflichtung abzuverlangen. So hat es das Wissenschaftsministerium nach der Intervention des Vorstandes der Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten bestätigt.

Für eine bessere Grundfinanzierung und mehr Dauerstellen

Die beiden GEW-Vorsitzenden nutzten die Gelegenheit, die GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ vorzustellen und für mehr Geld für die Bildung zu werben. Hinsichtlich der Sicherung der Qualität von Forschung und Lehre waren sich Marlis Tepe und Dorothea Schäfer mit dem Personalratsvorsitzenden einig: Die Hochschulen brauchen eine bessere Grundfinanzierung, um Dauerarbeitsplätze für die vorhandenen Daueraufgaben einrichten zu können.

Marlis Tepe forderte Bund und Länder auf, an den Hochschulen eine „Entfristungsoffensive“ zu starten. „Wir brauchen bundesweit 50.000 zusätzliche Dauerstellen im akademischen Mittelbau. Daueraufgaben erfordern Dauerstellen. Darüber hinaus brauchen wir in Zukunft immer mehr hoch qualifizierte Wissenschaftler*innen, um die auf hohem Niveau bleibende Zahl der Studierenden angemessen zu betreuen.“ Dorothea Schäfer ergänzte: „Zur Verbesserung der unzureichenden Betreuungsrelationen und für mehr Studienqualität, aber auch für mehr Dauerbeschäftigung und Gute Arbeit in der Wissenschaft fordert die GEW NRW für die nächste Legislaturperiode einen Stufenplan für 2.000 zusätzliche Stellen für die Wahrnehmung von Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement für die Hochschulen in NRW.“

Die Umwidmung von Hochschulpaktmitteln in die Grundfinanzierung der Hochschulen, wie sie in Nordrhein-Westfalen jetzt mit der „Hochschulvereinbarung NRW 2021“ auf den Weg gebracht wurde, sei ein wichtiger Schritt in diese Richtung. „Jetzt müssen die Hochschulen auch wirklich diese neuen Finanzierungsmöglichkeiten zugunsten der Mitarbeiter*innen im Mittelbau ausnutzen“, appellierte Detlef Berntzen. Noch immer fehlten in der Breite Dauerstellenkonzepte in den Hochschulen, dafür hätten die Rektorate endlich zu sorgen. //

Berthold Paschert,

*Referent für Hochschule und
Forschung der GEW NRW*



GEW: alle Stationen der Tour „GEW in Bildung unterwegs“ im Überblick
www.gew.de/weiter-denken/tour



Foto: B. Butzke